

Philipp
Ther | Der Preis der Einheit.
Die deutsche
Schocktherapie
und die Transformation
Deutschlands nach 1989

Im Ausland wird Deutschland seit der relativ raschen Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 als wirtschaftliches Erfolgsmodell wahrgenommen. Doch wie schnell Aufschwung und Niedergang einander ablösen können, zeigt der Rückblick auf die späten 1990er-Jahre. 1999 bezeichnete der *Economist* Deutschland als „den kranken Mann des Euro“.¹ Damals schien die Bundesrepublik in einem Teufelskreis aus geringem Wachstum, steigender Arbeitslosigkeit und Staatsschulden gefangen.²

Die damalige Krise war nicht zuletzt eine Folge der wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Jahres 1990. Bis vor Kurzem wäre diese These auf taube Ohren gestoßen. Doch die Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Ländern und zuletzt die Geschichte der Treuhand des Bochumer Historikers Marcus Böick haben eine überfällige Debatte über die Fehler bei der Privatisierung ausgelöst.³ In den 1990er-Jahren wurde reflexhaft der bankrotten DDR die Schuld an den wirtschaftlichen Problemen in Ostdeutschland gegeben. Eine Aufarbeitung dieses Teils der gesamtdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte erscheint auch deshalb als ratsam, um neue Ideen dafür zu sammeln, wie

¹ N. N., *The sick man of the euro*, in: *Economist* vom 3. Juni 1999, online unter: <http://www.economist.com/node/209559> (5.5.2014). Heute ist der Artikel nur noch über eine Paywall zugänglich. Vgl. <https://www.economist.com/special/1999/06/03/the-sick-man-of-the-euro> (8.7.2018).

² Vgl. dazu Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016²; das Buch ist beim Verlag Kurhaus auch in polnischer Übersetzung erschienen, ders., *Nowy ład na starym kontynencie, Historia Europy neoliberalnej*, Warszawa 2005. Sämtliche in diesem Aufsatz zitierten Quellen und Wirtschaftsdaten beruhen auf diesem Buch und den Forschungen dazu.

³ Vgl. Marcus Böick, *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990-1994*, Göttingen 2018.

der zum Erliegen gekommene Aufholprozess zwischen Ost und West wieder an Fahrt gewinnen und die ostdeutschen Bundesländer eines Tages auf eigenen Füßen stehen könnten.

Die Wirtschaftsreformen in den fünf „neuen Ländern“ – so nannte man sie 1990 ein wenig paternalistisch – zielten auf eine rasche Angleichung an den Westen ab. Der Ausgang des Kalten Krieges wurde nicht nur in der Bundesrepublik, sondern im gesamten Westen als Bestätigung des eigenen Systems verstanden. „Der Sozialismus hat verloren, der Kapitalismus hat gewonnen“, so schrieb das Magazin *The New Yorker* Anfang 1989.⁴ Bald darauf verabschiedeten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und das US-Finanzministerium den *Washington Consensus*. Dieses ökonomische Standardrezept für Krisenstaaten, den mosaikartigen Geboten gleich als Dekalog formuliert, war zunächst für die schuldengeplagten Länder Lateinamerikas gedacht, wurde dann aber vor allem im postkommunistischen Europa angewandt. Am Anfang stand die makroökonomische Stabilisierung, faktisch bedeutete das in allen Fällen ein Sparprogramm, gefolgt von der Triade Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung. Gegen Ende wirbt der Dekalog für „Foreign Direct Investments“ beziehungsweise den globalen Finanzkapitalismus.⁵

Nun zählten der deutsche Finanzminister Theo Waigel und der Architekt der Einheitsverträge, Wolfgang Schäuble, nicht zu den Anhängern der neoliberalen *Chicago School of Economics*, sondern waren Ordoliberaler. Doch abgesehen von der sozialen Abfederung, einer stärkeren staatlichen Regulierung und dem System der kollektiven Tarifverträge deckten sich die Reformkonzepte weitgehend. In Ostmitteleuropa hatte die *Chicago School* direkten Einfluss, so reiste der Nobelpreisträger Milton Friedman 1990 durch Ostmitteleuropa und fand insbesondere im damaligen tschechoslowakischen Finanzminister Václav Klaus einen begeisterten Anhänger.⁶ Auch die Reformen in Polen

⁴ Robert Heilbroner, *The triumph of capitalism*, in: *The New Yorker*, Januar 1989, S. 98-109, hier S. 98.

⁵ Vgl. zum *Washington Consensus* ausführlicher *Neoliberalismus, Version: 1.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* (05.7.2016), URL: http://docupedia.de/zg/ther_neoliberalismus_v1_de_2016 (20.2.2019).

⁶ Vgl. dazu eine Fernsehdokumentation mit dem Titel *Free to Choose*, die Friedman 1990 für den öffentlich-rechtlichen Sender PBS produzierte. Für Folge 4 *Freedom and Prosperity* reiste Friedman nach Ostmitteleuropa, dort durfte dann Václav Klaus auftreten, der wie ein Lehrling die Lehren des Meisters bestätigte. Die Sendung ist

wurden durch amerikanische Ratgeber wesentlich mitgestaltet, dort hatte Jeffrey Sachs im Herbst 1989 maßgeblichen Einfluss darauf, dass eine große Mehrheit im Parlament und auch der linke Flügel der „Solidarność“ den Reformplan von Leszek Balcerowicz akzeptierten. Dieser hatte auch formale Ähnlichkeiten mit dem *Washington Consensus*, wie dieser war er in zehn Punkten beziehungsweise als Dekalog formuliert.⁷

Radikale Wirtschaftsreformen lassen sich am leichtesten durchsetzen, wenn die jeweiligen Volkswirtschaften vor dem Zusammenbruch stehen. Das war im letzten Jahr der DDR zweifelsohne der Fall. Der Wechselkurs der Ostmark zur DM sank im Herbst 1989 auf 7:1 und im Winter zeitweise noch tiefer, dadurch waren die hohen Auslandsschulden Ostdeutschlands nicht mehr bezahlbar. Die Asymmetrie der Macht zwischen West und Ost war jedem Fernsehzuschauer bewusst, der den riesigen, massigen Helmut Kohl neben dem zierlichen, zerbrechlichen Lothar de Maizière sah, der nach den letzten Volkskammerwahlen vom März 1990 als letzter Ministerpräsident der DDR die Verträge zur deutschen Einheit aushandeln musste. Die Art der Wiedervereinigung wurde dadurch festgelegt, dass sie nicht mehr nach dem dafür eigentlich vorgesehenen Artikel 146 des Grundgesetzes, sondern nach Artikel 23 als „Beitritt“ der fünf „neuen Länder“ vollzogen wurde. Es handelte sich somit um eine Erweiterung Westdeutschlands und nicht um eine Vereinigung zweier gleichberechtigter Staaten.

Im Verfall der Ostmark spiegelten sich die wirtschaftlichen Probleme der DDR und die schlechten Erwartungen bezüglich ihrer Zukunft wider. Die Abwertung war jedoch schon seit Langem in Gang gekommen. Während die DDR in den 1980er-Jahren offiziell und beim Zwangsumtausch für Westdeutsche auf der Parität der Ostmark beharrte, halbierte die Außenhandelsbank der DDR den internen Verrechnungskurs zur DM. 1988 betrug der strikt

im Internet zugänglich unter <http://www.youtube.com/watch?v=l2h5OR1QX3Y> (11.11.2018). Der Auftritt von Klaus beginnt ab Minute 20 der Sendung.

⁷ Vgl. zur zeitgenössischen Begründung der Reformen Leszek Balcerowicz, *800 Dni. Szok Kontrolowany. Zapisał: Jerzy Baczyński*, Warszawa 1992. In diesem Buch verwendete Balcerowicz auch den Begriff „Schock“, den er 1989 klugerweise noch vermieden hatte. Vgl. zur Konzeption der radikalen Reformen aus Sicht der amerikanischen Berater David Lipton/Jeffrey D. Sachs, *Poland's economic reform*, in: *Foreign Affairs* 3/1990 (69), S. 47-66.

geheim gehaltene Kurs nur noch 4,40 Ostmark für eine DM, weil die DDR ihre Waren lediglich zu diesem billigen Umtauschkurs absetzen konnte.

Illegale Geldwechsler bezahlten in den Hinterhöfen von Ostberlin oder Leipzig den ungefähr gleichen Kurs, der Schwarzmarkt bildete die ökonomischen Verhältnisse somit weit besser ab als die offiziellen Wechselkurse. Der Verfall der Ostmark nach der Öffnung der Mauer bedeutete, dass die ohnehin niedrigen Gehälter und Löhne in der DDR weiter entwertet wurden. Ähnlich wie in Polen oder der Tschechoslowakei konnte schon eine Tankfüllung Benzin oder eine kaputte Waschmaschine die Haushaltskasse einer Familie aus dem Lot bringen. Auch dieser wirtschaftliche Absturz und die allgemeine Verunsicherung erklären, warum der Ruf „Wir sind ein Volk“ im Herbst und Winter 1989/90 immer lauter wurde.

Im Frühjahr 1990 kursierte bereits ein anderer Slogan: „Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“ Der letzte Halbsatz bezog sich auf die drohende Massenauswanderung wegen der wirtschaftlichen Misere der DDR. Im ostdeutschen Wahlkampf von 1990 bot die CDU einen naheliegenden Ausweg an: eine schnelle Wiedervereinigung und auf dem Weg dorthin die Wirtschafts- und Währungsunion. Die CDU hielt dieses Wahlversprechen, schon am 1. Juli 1990 war die Wohlstandsikone D-Mark auch im Osten das offizielle Zahlungsmittel – was damals in Berlin, Leipzig und anderen Städten mit Freudenfesten gefeiert wurde. Doch wie kam es angesichts der rapiden Abwertung der Ostmark nach dem Mauerfall zum Wechselkurs von 1:1?

Die Bundesbank warnte vor dem ökonomischen Risiko einer zu starken Aufwertung und trat für einen Kurs von 2:1 ein, der dann als Sparguthaben für 4.000 Ostmark galt. Vertreter der DDR-Staatsbank argumentierten sogar für einen Kurs von 7:1, weil das der wirtschaftlichen Leistungskraft entsprochen und der ostdeutschen Wirtschaft ermöglicht hätte, mit der westdeutschen Industrie zu konkurrieren.⁸ Aber letztlich fielte die Bundes-

⁸ Vgl. zur Berechnung des Umtauschkurses Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*, Tübingen 1992², S. 54-64. Vgl. zum Vorschlag der DDR-Staatsbank ein Interview des Deutschlandfunks vom 28.2.2015 mit deren Vizepräsidenten, Edgar Most, online zugänglich unter <http://>

egierung eine politische Entscheidung. Die drohende Massenabwanderung von Ost nach West war das immer wieder bemühte Argument, das die Situation in Deutschland in der Tat von allen anderen postkommunistischen Staaten unterschied.

Ein deutscher Sonderweg

Wegen des nationalen Überschwangs und der traditionellen Orientierung der bundesdeutschen Eliten auf den Westen wurde in den internen und öffentlichen Debatten übersehen, was in unmittelbarer Nachbarschaft Ost- und Westdeutschlands geschah. Die Währung der Tschechoslowakei, neben der DDR der wohlhabendste Ostblockstaat, sank im Winter 1989/90 ebenfalls drastisch. Der Kurs fiel auf den dreifach niedrigeren Schwarzmarktkurs, das waren etwa 15 Kronen für eine DM. Im Unterschied zur Bundesregierung nahm die tschechoslowakische Regierung diese Abwertung hin. Der Finanzminister Václav Klaus wollte ähnlich wie Polen und Ungarn mit einer verbilligten nationalen Währung den Export ankurbeln, die Großbetriebe retten und die Arbeitslosigkeit niedrig halten. Diese Strategie funktionierte bis zur tschechischen Bankenkrise von 1996 recht gut. Während die Abwertung die Exporte der Tschechoslowakei etwa um den Faktor drei verbilligte (sofern man den offiziellen Wechselkurs als Ausgangspunkt nimmt), bedeutete die Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaft eine vierfache Verteuerung ihrer Ausfuhren gegenüber dem Verrechnungskurs von 1988. Damit war vorherbestimmt, dass ostdeutsche Produkte – man könnte symbolisch einen Pkw der Marke Wartburg herausgreifen – niemals mit einem Škoda oder anderen tschechischen Waren konkurrieren konnten und sich Produktionsverlagerungen in der Industrie meistens über Ostdeutschland hinweg ereignen würden.

Auf die Währungsunion folgte ein zweiter Schock für die ostdeutsche Wirtschaft, die rasche Liberalisierung des Außenhandels. Durch den Beitritt zur Bundesrepublik und damit zugleich zur EG (ab 1992 EU) fielen – wie im *Washington Consensus* prinzipiell vorgesehen – sämtliche Handelsschranken. Diesem Konkurrenzdruck war die ostdeutsche Wirtschaft nicht gewachsen.

Eine dritte Besonderheit der deutschen Transformation war die radikale Privatisierung, bei der ein grundlegender Marktmechanismus außer Acht gelassen wurde. Zeitweilig unterstanden der Treuhand 12.534 Unternehmen mit mehr als vier Millionen Beschäftigten. Allein bis Ende 1992, also in einem Zeitraum von nur zwei Jahren, wurden mehr als 10.000 Betriebe verkauft.⁹ Wenn derart viele Unternehmen auf den Markt geworfen werden, muss deren Preis drastisch sinken. So kam es statt des erwarteten Treuhand-Gewinns von rund 600 Milliarden DM zu Mindereinnahmen von 270 Milliarden DM, pro DDR-Bürger waren das mehr als 15.000 DM. Ende 1994 verkündete die Bundesregierung mit Stolz die Auflösung der Treuhand, weil die Privatisierung nunmehr abgeschlossen sei. Doch bei den meisten privatisierten Unternehmen wurde die Produktion einfach eingestellt. Wie Marcus Böick errechnet hat, blieb in den von der Treuhand verkauften Betrieben nur jeder vierte Arbeitsplatz erhalten. Diesen Strukturbruch haben vor allem Städte mittlerer Größe, deren Wohlstand von wenigen großen Fabriken abhing, bis heute nicht verkraftet.

Diese kritischen Anmerkungen zur deutschen Schocktherapie – die im Unterschied zu Polen nie als solche benannt wurde – legen die Frage nahe, ob es Alternativen dazu gegeben hätte. In den frühen 1990er-Jahren wurde das selbstverständlich ausgeschlossen, damals wurden die Reformen in der Regel als „alternativlos“ bezeichnet. Ein realistischer Umrechnungskurs bei der Währungsunion hätte zahlreiche ostdeutsche Wähler enttäuscht und ein noch größeres Gefälle bei den Löhnen, Gehältern und Renten erzeugt. Wären deshalb tatsächlich noch mehr Menschen aus Ost- nach Westdeutschland abgewandert, wie befürchtet? Diese Frage lässt sich *ex post* nicht mehr beantworten, doch auch so, trotz der sozialen Abfederung der Reformen und der Transferzahlungen von West nach Ost zogen in nur vier Jahren 1,4 Millionen Menschen aus den östlichen in die westlichen Bundesländer.¹⁰ Insofern wurde das weiter gesteckte Ziel der Währungsunion, die Menschen in Ostdeutschland zu halten, nicht erreicht.

⁹ Vgl. hierzu und den nachfolgenden Daten erneut Böick, *Die Treuhand*.

¹⁰ Vgl. zur Ost-West-Migration Bernd Martens, *Zug nach Westen – Anhaltende Abwanderung* (30.3.2010), online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/langen-wege-der-deutschen-einheit/47253/zug-nach-westen?p=all> (20.2.2019).

Bei der Privatisierung gab es, wenn man über die Bundesrepublik hinausblickt, durchaus Alternativen. So führten zum Beispiel Polen und Tschechien große Unternehmen von strategischer Bedeutung unter staatlicher Regie weiter und verkauften sie erst Ende der 1990er-Jahre oder noch später. Dies bedeutete nicht, dass die Unternehmen weiter Verluste machten wie vor 1989, denn sie mussten profitorientiert wirtschaften, was in einigen Fällen auch gelang.

Am ehesten „alternativlos“ war die Liberalisierung des Außenhandels beziehungsweise die Öffnung des ostdeutschen Marktes. Eine Verzögerung hätte sich wohl nur im Rahmen eines eigenen Zollgebiets, anderer Einfuhrbeschränkungen oder einer Sonderwirtschaftszone erwirken lassen. So verfuhr die Volksrepublik China in mehreren Regionen, in der EU wäre dies jedoch schwer durchsetzbar gewesen. Außerdem hätte eine Sonderwirtschaftszone in Ostdeutschland oder zumindest in Teilen davon eine härtere ökonomische Konkurrenz für die alten Bundesländer mit sich gebracht – daran hatte man ebenfalls kein Interesse. Wären die Mindereinnahmen der Treuhand in Höhe von 270 Milliarden DM ausgeblieben und wäre dieses Geld in die Gründung neuer Unternehmen gesteckt worden, hätte sich vielleicht ein Aufschwung von unten, aus der Gesellschaft heraus, ergeben. Doch die DDR-Bürger, die den Sprung in die Selbstständigkeit wagten und Arbeitsplätze schufen, schnitten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen und zu den neuen Unternehmern in Polen und Tschechien schlecht ab. Die Selbstständigen erlebten relativ häufig einen sozialen Abstieg und im ungünstigsten Fall den Bankrott ihrer Betriebe.¹¹ Die ostdeutsche Berufsgruppe, die am wenigsten Einbußen hinnehmen musste, waren die Staatsdiener – sofern sie nicht wegen einer Stasi- oder SED-Vergangenheit ihren Posten verloren. Aufgrund der Währungsunion und der Ausweitung des Tarifsystems auf die fünf neuen Bundesländer erlebten dagegen die ostdeutschen Beamten einen spürbaren Gehaltszuwachs. Das galt erst recht für die vielen Westdeutschen, die mit „Buschzulagen“ in den Osten geschickt wurden. Doch von ihnen abgesehen hatte die Bundesregierung offenbar wenig Visionen, welche gesellschaftlichen Schichten und Eliten Ostdeutschland voranbringen sollten.

¹¹ Vgl. Martin Diewald u. a. (Hg.), *After the Fall of the Wall. Life Courses in the Transformation of East Germany*, Stanford 2006.

Der Preis für diese Mischung aus nationaler Selbstbezogenheit, Neoliberalismus und fehlenden gesellschaftlichen Visionen war ein präzedenzloser wirtschaftlicher Einbruch. Die ostdeutsche Industrieproduktion sank bis Mitte der 1990er-Jahre auf 27 Prozent des Niveaus von 1988. Kein anderes postkommunistisches Land, nicht einmal das im Krieg befindliche ehemalige Jugoslawien, erlebte einen derart drastischen Rückgang. Infolgedessen verließen, wie erwähnt, bis 1994 1,4 Millionen Ostdeutsche ihre Heimat. Diese Zahl entsprach ziemlich genau den in der Tschechoslowakei neu gegründeten Unternehmen – die ČSSR hatte fast so viele Einwohner wie die DDR, insofern ist sie recht gut vergleichbar. Auch in Polen und Ungarn wagten sehr viele Menschen den Sprung in die Selbstständigkeit, insgesamt wurden in den vier Visegrád-Staaten in den ersten fünf Jahren nach 1989 etwa vier Millionen Unternehmen gegründet.¹² Diese Gründerzeit fiel in der DDR wesentlich schwächer aus.

Der Absturz der ostdeutschen Wirtschaft überforderte den Bundeshaushalt und vor allem die Sozialversicherungen, die für die Millionen Arbeitslosen direkt oder indirekt eintreten mussten. So wurden die Kosten für die Frühverrentungen der Rentenkasse aufgebürdet, die Krankenkassen leisteten ebenfalls hohe Transferzahlungen. Doch die Pazifizierung der ostdeutschen Transformationsverlierer durch Sozialleistungen war auf die Dauer nicht finanzierbar.¹³ Die Sozialbeiträge, die Steuern und Staatsschulden stiegen in den 1990er-Jahre immer weiter, was schließlich zulasten des Wachstums in der gesamten Bundesrepublik ging. Das vereinigte Deutschland hatte sich in eine Sackgasse manövriert, Bundeskanzler Kohl musste sich einen „Reformstau“ vorwerfen lassen, der spätere „Reformkanzler“ Gerhard Schröder gewann die Wahlen von 1998.

¹² Vgl. die Zahlen zu den Unternehmen in Ivan T. Berend, *From the Soviet Bloc to the European Union*, Cambridge 2009, S. 61. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass die neuen Selbstständigen diesen Schritt auch gingen, weil sie zuvor arbeitslos geworden waren. Viele dieser Ein-Mann- oder Ein-Frau-Unternehmen gingen später wieder ein, insbesondere als sich die westlichen Handelsketten ausbreiteten.

¹³ Vgl. zur Krise des deutschen Sozialstaats Gerhard A. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates*, München 2006.

Nachgeholte Reformen und Kotransformation

Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen unter Kanzler Gerhard Schröder vollzogen dann nach der Jahrtausendwende viele Maßnahmen, die andere postkommunistische Staaten Anfang der 1990er-Jahre durchgesetzt hatten.¹⁴ Insofern kann man von einer Kotransformation sprechen, welche die gesamte Bundesrepublik erfasste. Die Sozialleistungen wurden beschränkt, ein Bündel aus Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sollte nach einem kurzfristigen Schock einen langfristigen Aufschwung bringen. Ein Novum der rot-grünen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen war, dass sie Westdeutsche genauso hart trafen wie Ostdeutsche, wenngleich Letztere wegen der hohen Dauerarbeitslosigkeit mehr unter den Einschnitten litten.

Die Reformen verursachten eine deutlich höhere soziale Ungleichheit, die in Deutschland von 1999 bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 von einem ursprünglich niedrigen, fast skandinavischen Niveau auf das von anderen postkommunistischen Ländern wie Ungarn oder Polen anstieg. Gemäß dem Gini-Koeffizienten, dem international gebräuchlichen Messwert für die Ungleichheit von Einkommen, stieg diese von 1999 bis zur Krise im Jahr 2009 von 0,25 auf etwa 0,29.¹⁵ Das Grundproblem liegt wie in der gesamten EU darin, dass die derzeitige Wirtschaftsordnung vor allem jenen Ländern, Regionen und sozialen Gruppen zugutekommt, die bereits gut aufgestellt sind. Dagegen fallen andere Teile Europas und seiner Gesellschaften wirtschaftlich zurück und haben schlechte Zukunftsperspektiven.

Hartz IV bedeutete in mancher Hinsicht eine Umkehrung der Strategie des Jahres 1990. Während die Währungsunion eine rasche Angleichung an den Westen zum Ziel hatte, brachten

¹⁴ Die rot-grünen Sozial- und Wirtschaftsreformen werden ausführlich behandelt in Edgar Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005*, München 2013. Die Sozial- und Arbeitsmarktreformen in Deutschland sind jedoch nur in einem weiteren Kontext verständlich. Vgl. zu den neoliberalen Reformen im postkommunistischen Europa Hilary Appel/Mitchell Orenstein, *From Triumph to Crisis: Neoliberal Economic Reform in Postcommunist Countries*, Cambridge 2018, S. 90-116.

¹⁵ Die hier genannten Daten für die skandinavischen und ostmitteleuropäischen Länder sind auf der Webseite <http://www.gini-research.org/articles/cr> zugänglich. In den jeweiligen Länderberichten bzw. *country reports* ist neben den Daten auch die Art der Datenerhebung aufgeführt.

Hartz IV und vor allem der Billiglohnsektor (die Idee geht auf Milton Friedman zurück) eine Anpassung der Arbeitskosten an die damals in Polen und der Tschechischen Republik gängigen Löhne mit sich. Man kann daher von einer Kotransformation der gesamten Bundesrepublik sprechen. Insgesamt summierten sich die Nettotransferleistungen in dem Vierteljahrhundert von 1989 bis 2014 auf 1,6 Billionen Euro (netto bedeutet in diesem Fall, dass die Rückflüsse von Ost nach West beziehungsweise Zahlungen in den gesamtdeutschen Staatshaushalt, zum Beispiel durch Steuern ostdeutscher Bürger, berücksichtigt sind).¹⁶ In den Spitzenjahren waren es sogar bis zu hundert Milliarden Euro, die für die Modernisierung der Infrastruktur, die erwähnten Privatisierungen und vor allem Sozialleistungen ausgegeben wurden.

Trotz dieser Geldflüsse erwirtschafteten die neuen Bundesländer im Jahr 2015 pro Kopf nur gut zwei Drittel des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts (diese Angaben beruhen auf kollationierten Wirtschaftsdaten für alle fünf Bundesländer, vergleiche dazu die erweiterte Neuauflage meines Buches von 2016).¹⁷ Die Tschechische Republik, die ohne die Unterstützung eines „großen Bruders“ im Westen auskommen musste, hat eine ähnliche Wirtschaftskraft erreicht – ohne die eingangs erwähnten Transferzahlungen.

¹⁶ Die Angabe von 1,6 Billionen Euro beruht auf Jürgen Kühl, *25 Jahre deutsche Einheit: Annäherungen und verbliebene Unterschiede zwischen West und Ost* (4.7.2014), online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55390/25-jahre-deutsche-einheit?p=all> (20.2.2019). Das Problem bei diesen Schätzungen liegt darin, dass die Bundesregierung seit 1999 keine genauen Statistiken über Transferzahlungen mehr erhebt. Zu den Transferzahlungen gehören außerdem Aufbauhilfen (die jedoch teilweise auch in Westdeutschland beantragt werden konnten) und Sonderleistungen wie z. B. besondere Wirtschaftsförderungsprogramme. Eine umfangreiche Berechnung aller einzelnen Ausgabenarten und der Rückflüsse wird geleistet in: Ulrich Blum u. a., *Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der Neuen Länder*, Halle 2009 (IWH Sonderheft 4).

¹⁷ Die Berechnungen in meinem Buch beruhen wiederum auf den Daten über die sogenannten NUTS2-Regionen, die man auf der Webseite von Eurostat unter folgendem Link abrufen kann: <https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tgs00006&plugin=1> (11.11.2018). Die Daten auf Eurostat werden regelmäßig angepasst, so brachte u. a. die letzte Volkszählung in der Bundesrepublik Änderungen, weil die Bevölkerungszahlen nach unten korrigiert wurden und somit das Bruttoinlandsprodukt *per capita* nach oben angepasst wurde. Selbstverständlich gibt es umfassendere Wirtschaftsdaten als das BIP wie z. B. den Human Development Index (HDI), doch nur das BIP bzw. GDP wurde seit 1989 regelmäßig auch auf regionaler und kommunaler Ebene erhoben (u. a. anhand der NUTS3-Regionen), daher wird hier wie in meinem Buch hauptsächlich auf das BIP verwiesen.

Die Geschichte Deutschlands nach dem Fall der Mauer ermöglicht also kritische Fragen in verschiedene Richtungen, einerseits gegenüber den neoliberalen Reformrezepten der frühen 1990er-Jahre und nach der Jahrtausendwende, andererseits gegenüber der Wirksamkeit staatlicher Entwicklungsprogramme. Unabhängig vom Resultat dieser Debatten kann man heute schon vorwegnehmen, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Probleme Ostdeutschlands sich nicht mehr auf die DDR schieben lassen. Man sollte kritisch debattieren, welche langfristigen Folgen die massive gesellschaftliche Verunsicherung durch Massenarbeitslosigkeit, die Abwanderung von Ost nach West und deren Verarbeitung in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit ab 1990 hatten.

Abstract

The Price of Unity. 'Shock-therapy' and Transformation in Germany after 1989

The article focuses, with a comparative perspective, on the economic reforms that were implemented in Germany during and after the unification in 1990. The fact is stressed that after the collapse of communism, most politicians and economists considered neoliberal reforms based on deregulation, liberalization and privatization as the only viable model. Although the reforms in East Germany were not labelled as such, they amounted to a „shock therapy“, much like in neighboring Poland. The result of the radical and hasty liberalization and privatization, in combination with the currency union of July 1990, was the closure of many factories and mass unemployment. The government tried to compensate the losers of the transformation with welfare payments, but that resulted in a systemic crisis of united Germany, leading eventually to a second round of neoliberal reforms under the center-left coalition government under Chancellor Gerhard Schröder from 2001 to 2005. The widening social gaps and the fear of social dislocation eventually contributed to the rise of right-wing populist parties in Germany.